

Y
pressekonferenz vom 15. 12. 79 der hamburger anwälte zur
aktion der bundesanwaltschaft gegen die lübecker gefangenen
frauen aus der raf und der internationalen kommission zum
schutz der gefangenen und gegen iselationshaft toni gifford,
england und wienke zitlaff, brd

christian geißler:

"ich möchte ihnen in ein paar ersten worten sagen, worum es
geht. zunächst hier zu meiner person. mein name ist christian
geißler, ich arbeite als schriftsteller und als dokumentalfil-
mer fürs fernsehen und seit 73 auch in der arbeit zum schutz
der politischen gefangenen, speziell hier in hamburg.
die pressekonferenz heute, ist ein weiterer versuch endlich
die mauer, die nicht nur gezogen ist, sondern die auch immer
stärker aufgebaut wird gegen die informationen aus den knästen
gegen die informationen zur situation der politischen gefange-
nen in der bundesrepublik, zu durchbrechen. ich kann aus
erfahrung sagen, eben auch als journalist sagen, daß diese
schwelle sehr dicht geworden ist und daß es fast unmöglich
erscheint noch überhaupt informationen durchzubekommen. wir
versuchen es heute also wieder, weil wirs für wichtig halten,
einmal zum wirklichen schutz und ich sage auch zur rettung,
derjenigen die jetzt gefangen sind, aber auch halte ich es
für genauso wichtig, daß die hier, die von der presse sind be-
greifen, daß es hier um eine politische frage geht, nicht spe-
ziell um ein rettungsding, wo wir sie jetzt wieder auffordern
zu schreiben. denn es geht um eine politische erfahrung um
politisches wissen zu erwerben und daraus konsequenzen zu
ziehen auch in der arbeit und auch in der presse oder wo immer
sie arbeiten.

es wird hier zunächst der genosse aus grossbritannien sprechen
toni gifford..ach geschenkt lord, mensch... er wird berichten
aus seinen erfahrungen, die er gemacht hat als engländer beim
versuch hier herauszubekommen was eigentlich in sachen gefange-
nen in der brd los ist und dann danach wird es von wienke zitl-
laff, hier neben mir, einen bericht geben über den versuch im
prozeß gegen siegfried haag die sicherheitsverwahrung durch-
zusetzen gegen einen politischen gefangenen und die konse-
quenz, die das hat nicht nur bezogen auf siegfried haag, son-
dern ganz grundsätzlich. vor allen dingen werden dann die
rechtsanwälte hier am tisch, die zuständig sind, ankunft ge-

-2-
ben über ihre erfahrungen und das sind ja ganz spezielle er-
fahrungen bei der arbeit zum schutz der politischen gefangenen
und da speziell zu lübeck. es geht da um lübeck, denn da sind
jetzt ereignisse, die bekannt werden müssen, meinen wir. also
nicht nur zum schutz sondern auch zum begreifen, wo wir selber
sind, wenn wir arbeiten und in dieses land hier leben, also
um politisch zu lernen. also es geht jetzt los hier mit toni
gifford."

toni gifford:

"es tut mir leid, daß ich zu ihnen in englisch sprechen
muß, mein name ist toni gifford, ich bin rechtsanwalt und ar-
beite in london. ich war mitglied des russell-tribunals, das
sich mit den menschenrechten in der bundesrepublik befasste.
ich spreche jetzt hier als mitglied der internationalen kommis-
sion für den schutz von gefangenen und gegen iselationshaft,
die im september 1979 gegründet wurde.

dies ist das erste treffen zwischen einem mitglied der komis-
sion und der presse hier in der bundesrepublik und es ist des-
halb wichtig, daß wir sie informieren was die gründe für die
zusammenstellung einer kommission sind und was die kommission
für pläne hat.

als die kommissionsmitglieder sich zum erstenmal trafen waren
sie sich gewisser umstände bewusst, die die methoden des straf-
vollzugs darstellen.

die neuen methoden des strafvollzugs bestanden hauptsächlich
aus der anwendung von isolation, maximale überwachung der
gefangenen und der kleingruppenisolation. die mitglieder der
kommission haben festgestellt, daß die anwendung dieser metho-
den ^{vielleicht} ~~vielleicht~~ zielten die persönlichkeit der gefangenen zu zer-
stören. wir haben festgestellt, daß diese methoden exklusiv
bei politischen gefangenen angewandt zu werden scheinen und
ich sage politischen gefangenen, weil der staat ganz offen-
sichtlich diese gefangenen aus politischen gründen anders be-
handelt, wir haben festgestellt, daß diese methoden haupt-
sächlich in der bundesrepublik ausgearbeitet und angewandt
werden aber daß eine gefahr besteht, daß diese methoden auch
in anderen ländern angewandt werden können und weil sie zur
zeit in der bundesrepublik am meisten entwickelt sind. alle
mitglieder der kommission sind der überzeugung, daß alle gefang-
enen ein recht darauf haben ihre menschliche würde zu bewah-
ren und daß sie ein recht haben auf schutz gegen angriffe

USA

und auf ihre physische und geistige integrität. die mitglieder der kommission glauben ebenfalls, daß die entmenslichung der politischen gefangenen, die aus politischen gründen eine gefahr darstellen für alle arten von radikalem widerstand. wir haben festgestellt, daß in der bundesrepublik trotz kürer medizinischer gutachten über die psychologischen schäden das resultat dieser haftmethoden waren, keine änderungen in den haftbedingungen vorgenommen wurden, sodaß die gefangenen selbst zu dem extremen schluß kommen mussten in den hungerstreik zu treten, an dem 60 gefangene teilnahmen.

aus diesen gründen fanden wir es notwendig eine internationale kommission zu gründen zum schutz von diesen gefangenen und gegen die isolation. die ersten mitglieder der internationalen kommission setzten sich aus menschen von england, frankreich, italien und deutschland zusammen und es ist vorgesehen, daß sich die mitgliedschaft beträchtlich erweitert und daß die kommission in ihren respektiven ländern unterstützungsgruppen hat. die erste entscheidung der kommissionsmitglieder war, daß sich die mitglieder selbst informationen von den gefangenen persönlich holen. all diese besuchsanträge wurden abgelehnt und die ablehnungsbriefe sind in ihrer pressemappe. es ist aus dem ablehnungsbrief zu ersehen, daß die kommission beschuldigt wird, daß ihre arbeit eine form des kampfes gegen den staat sei. ich halte diese feststellung für ausgesprochen schändlich, es bestärkt mich in meinem vorhaben die wahrheit über die haftbedingungen in der bundesrepublik herauszufinden.

nachdem mir der direkte kontakt zu den gefangenen nicht gewährt wurde, habe ich das nächstbeste getan und mir die tatsachen von den rechtsanwälten der fünf gefangenen in lübeck und siegurd debus in hamburg sagen und erklären lassen und mich auch durch die freunde, die die gefangenen regelmässig besuchen informieren lassen. die informationen, die ich auf diesem wege erhalten habe, bestätigt voll und ganz die notwendigkeit der zusammenstellung einer internationalen kommission. was die fünf gefangenen in lübeck angeht werden sie einer art von gruppenisolation unterzogen, die wahrscheinlich genau so schwerwiegende psychologische schäden nach sich zieht, wie die einzelisolation. im falle von siegurd debus in hamburg ist es so, daß er jetzt nur kontakt mit einem gefangenen hat und total isoliert sein wird, wenn nächstes jahr dieser eine gefangene entlassen wird.

in zusammenhang mit diesen haftbedingungen, ist es wichtig festzustellen, daß amnesty international sich jetzt auf ihre eigenen untersuchungen stützen und folgendes festgestellt hat in ihrer pressemappe haben sie einen auszug eines rundschreibens von amnesty, das an die amnestygruppen geschickt werden wird. wo sie auf seite 8 unten schreiben, daß 'diese haftbedingungen der gefangenen, deren fälle von amnesty untersucht worden sind, schwere fälle von isolation festgestellt wurden. in diesem absatz sind auch die medizinischen implikationen beschrieben, die solche isolation bedeutet. in dem buch, was nicht weiter in der pressemappe drinsteht, was ich aber vorliegen hab, ist es auch ganz klar gesagt, amnesty international kommt zu dem schluß, daß wege gefunden werden müssen und gefunden werden können, um die sicherheitsbedürfnisse auf der einen seite und eine menschliche behandlung auf der anderen seite zusammenzubringen und die schwerwiegenden formen der isolation, die die jetzigen haftbedingungen mit sich bringen, zu vermeiden. amnesty international hat die bundesregierung aufgefordert alternativen zu suchen, alternativen zur isolationshaft und zur kleingruppenisolation als regulären formen der haftbedingungen. diesen montag ist das erst erschienen und ich nehme an, daß diese ergebnisse in der bundesrepublik deshalb noch nicht weiter verbreitet worden sind. es gibt jetzt klare anzeichen dafür, daß die behörden diese haftbedingungen und diese methoden nicht nur während der haftzeit anwenden, sondern darüber hinausgreifend versuchen diese haftsituation, diese haftbedingungen zu verlängern. im falle von siegfried haag, über den wienke zitzlaff gleich sprechen wird besteht jetzt die gefahr eine haftverlängerung zu erzielen unter dem vorwand, daß er geistig krank sei. und die letzten vorfälle in lübeck, über die die rechtsanwälte sprechen werden ^{entstanden} synonym möglicherweise aus dem gleichen motiv. ich möchte jetzt schliessen, mit der erklärung, daß die kommission in zusammenhang mit der bundesrepublik und mit allen anderen ländern, wo diese haftmethoden oder hafttechniken angewandt werden, arbeiten wird. ihre arbeit wird sein, wir werden versuchen die wahrheit herauszufinden und sie der öffentlichkeit zugänglich zu machen und darauf zu zielen, diese haftmethoden zu einem ende zu bringen. thank you."

Biratsch

" ich heiße wienke zitzlaff und bin ein deutsches mitglied der internationalen kommission zum schutz der gefangenen und gegen isolationshaft und gehöre zur gruppe der angehörigen in der bundesrepublik. und als angehörige haben wir ja wohl mit die meisten informationen über die situation der gefangenen.

ich möchte in diesem zusammenhang eingehen auf siegfried haag oder übergreifend an siegfried haag soll ein exempel statuiert werden, die gefangenen für verrückt zu erklären, das heißt ihre politik für verrückt zu erklären oder verrückt zu machen.

es ist beantragt worden vom staatsanwalt, jetzt am 5. dezember,

siegfried haag zu 15 jahren haft zu verurteilen und anschließend sicherungsverwahrung. ich glaub ich muß ihnen ein klein wenig sagen, was sicherungsverwahrung ist zunächst mal gibt es die möglichkeit, sicherungsverwahrung anzuordnen, erst aus dem nationalsozialistisches recht, was ja bis heute nicht geändert ist und wird angewandt auf personen, die nicht "re-integrierbar" sind. zur durchführung der sicherungsverwahrung ist es notwendig einige delikte zu haben und der richter hat dann den verdacht, daß dieser gefangene von seinen straftaten nicht ablassen wird, sondern wenn er freigelassen wird, dann weitermacht. es gibt da verschiedene juristische interpretationen, es sieht so aus, als wenn man bei siegfried haag noch versucht, dies juristisch korrekt, durchzuziehen. ich glaube aber nach dem stand, der in lübeck im augenblick besteht, daß man von dieser linie in lübeck sogar abweichen wird..es ist notwendig nach der verurteilung ein sozial-prognostisches gutachten über einen gefangenen zu erstellen. und in diesem sozial-prognostischem gutachten hat der gutachter zu prüfen, ob der beschuldigte eine gefahr darstellt, ob die bestrafung hilft, daß er keine gefahr mehr ist und ob er geheilt bzw. angepasst werden kann. wir wissen inzwischen, daß es genug psychiatern in der bundesrepublik gibt, die bereit sind gutachten zu erstellen, indem diese fragen im sinne der staatsanwaltschaft beantwortet werden auch ohne, daß sie mit dem gefangenen selber gesprochen haben.

ich weiß das aus einem gutachten, was seinerseits über ulrike meinhef erstellt worden ist, wo sie sich geweigert hat, mit dem psychiater zu sprechen..."

frage zwischendurch, woher wienke, dies wüsste.

"..ulrike meinhef ist meine schwester, ^{deswegen} weiß ich das.

ziel dieses sozial-prognostischen gutachtens ist, den gefangenen dann der sicherungsverwahrung zuzuführen. das bedeutet. ihm in einen speziellen trakt und die trakte die in den psychiatrien im augenblick gebaut werden, sind die gleichen, die in den gefängnissen gebaut werden - ist ein spezieller trakt, wo sie weiterhin total isoliert werden und wo sie ständiger psychologischer überwachung ausgesetzt sind, um auf ihre verhaltensweisen einfluß zu nehmen. und wenn ich mich nicht irre, finden sie in der mappe (am. pressemappe) eine dokumentation über amerikanische untersuchungen, wie gefangene beeinflusst werden können, welche methoden anzuwenden sind und entsprechende aussagen bereits, von justizsenator meyer (am. berlin) in der bundesrepublik.

es wird also das eine versucht, die gefangenen in besonderen trakten zu psychiatrisieren oder der versuch über die sicherungsverwahrung. es muß klar sein, daß es sich hier nicht um einen zufall handelt, sondern, daß dahinter ein politisches konzept steht. rebsmann hat, als er nachfolger von buback wurde, sein amt angetreten und erklärt, "neu zu prüfen ist die form der sicherungsverwahrung, wieweit sie auf politische straftäter angewandt werden könne. und auf dem juristenkongreß, jetzt im oktober glaub ich, ist diese frage auch umfassend diskutiert worden. ich zitiere die frankfurter allgemeine zeitung:" weitere erfahrungen müssen gemacht werden, was die sicherungsverwahrung bei personen angehe, die zwar zum ersten male verurteilt werden, aber in der haft erkennen lassen, daß sie zur fortsetzung ihrer terroristischen aktivitäten nach der entlassung fest entschlossen sind." und sie können ja wohl sicher davon ausgehen, daß die politischen gefangenen ihre politische identität nicht aufgeben und daß dann mit hilfe von sozial-prognostischer gutachten bestätigt wird, daß sie nach der entlassung sich so verhalten, wie es der staat natürlich nicht gern möchte. und dieses konzept gilt es jetzt zu praktizieren, an siegfried haag, indem man ihn in seinem ersten urteil, wegen drei strafen verurteilt hat und jetzt in seinem zweiten prozess,

wiederum 3 strafen einbringt, dann sind das 6 strafen und das spricht dann dafür, daß er ein hangtäter ist, ein triebtäter, ja. ich glaub, ich hab das wichtigste gesagt, es ist mir ungeheuer wichtig(ende vom band I)....weiterhin an anderen politischen gefangenen praktiziert werden. es ist uns 1973 gelungen mit öffentlicher arbeit eine psychiatrisierung von ulrike meinhof zu verhindern. es ist im prozeß gegen das kommando holger meins in düsseldorf, das die stockholmer botschaft besetzt hatte, es ist uns auch da gelungen, zu verhindern, daß entsprechende sozia'-prognostische gutachten erstellt werden. der angriff ist neu gestartet ^{jetzt} über siegfried haag und er ist eingeleitet in lübeck und wenn wir nicht die öffentlichkeit herstellen, wird es praktiziert werden. und darum bin ich hier es sind genug menschen hier, die wenn sie nahher fragen stellen dazu, ihnen auch die fragen beantworten können, ich selber muß um viertel nach zwölf gehen, weil ich mit dem zug nach hause fahren muß, daß sie mir bitte nicht unterstellen, daß ich nicht antworten wolle, ich kann aber einfach nicht länger, aber es sind genug leute hier, die das können."

christian geißler:

"...ich finds ganz gut um mal ein bißchen zu bemerken, ob überhaupt was bemerkt wird, daß auch mal fragen gestellt werden, dann kann man nämlich ^{überhaupt} ^{was} interessiert, weil, wir wollen ja keine monologe halten... wo sind fragen, wo sind skeptische fragen, wo sind unterstützende fragen..."

peggy parnass:

"...skepsis...einiges auszuräumen oder auch nicht...ihr geht automatisch davon aus, daß alle psychiatrische behandlung nur angewandt werden würde, um den anderen zu zerbrechen und ich kann mir lebhaft vorstellen, daß jeder der verhaftet wird, in haft ist und in dieser art und weise in haft gehalten wird ganz dringend hilfe braucht, also auch psychische hilfe selbstverständlich."

wienke zitzlaff:

"bis jetzt ist zu sagen, daß die ärztlichen gutachten zu den gefangenen im wesentlichen physische schäden erfasst haben und die gefahr, wenn die isolation oder kleingruppenisolation fortgesetzt wird, psychische schäden zu befürchten sind. ich selber schätze das so ein oder ich bin sicher, daß die politischen gefangenen, solange sie ihre identität behalten und wir

uns hier draußen nicht mit daran beteiligen ihre identität zu zerstören, daß keine gefahr besteht, daß sie besonderer psychiatrischer hilfe bedürfen, sondern die forderung ist, von professor rasch (einer der stammheimer gutachter) zusammenlegung auf mindestens 15 und wenn diese forderung erfüllt wird, wird auch kein psychiater oder psychologe gebraucht."

peggy parnass:

"das klingt gut, wenn die 15 leute identisch wären, d. h. daß sie wirklich engste freunde sind und sich gegenseitig aufbauen, klar ist, daß es so nicht ist und auch so nicht sein kann, nicht mal wenn der ausgangspunkt vielleicht so war, wenn man so zusammengesperrt ist, äh, da verselbständigen sich dinge die zu aggressivitäten führen und womöglich auch zu feindschaften, klar ist auch, daß nicht alle eine gleiche politische richtung haben und sogar wenn sie zu weniger leuten zusammengesperrt sind, sich schwierigkeiten ergeben, wenn sie nicht die gleichen ziele haben, nicht das gleiche wollen, also ist nicht nur ein von außen kommen und da irgendwas kaputt machen, sondern jeder ist ja seine eigene person, gottseidank."

wienke:

"ich möchte dazu sagen, ich selber bin sonderpädagoge, ich verstehe was von therapie und ich verstehe was von pädagogik und ich bin der meinung, daß die probleme, die du eben beschreibst, auf gar keinen fall über therapie aufzuheben sind und das ist der anspruch der psychiatrie, sondern, daß darauf nur politische antworten zu geben sind. es ist also zu klären, wenn die gruppen zu fünfzehn zusammen sind, wie die gruppen zu fünfzehn zusammengestellt werden, rücksicht zu nehmen auf die wünsche der gefangenen, daß gruppen so zusammengestellt werden, daß sie damit leben können."

frage von christian geißler nach weiteren fragen, ob die informationen einleuchtend waren, kommen keine mehr.

christian geißler:

"dann nach unserem plan können jetzt die fragen an die erwählte, die dort am tisch sitzen oder selbst berichte von erwählten."

"ja, ich bin hier. vorrausgeschickt, mein name ist peter tode, ich bin rechtsanwalt und verteidige inga hochstein, die mit weiteren vier gefangenen, mit christine kuby, anneroose reiche, christa eckes, brigitte asdonk in lübeck in dem sondertrakt oder auch als toter trakt bezeichneten sonderanstalt, wie sie es sagen innerhalb der justizvollzugsanstalt in lübeck einsitzen. wir haben in der pressemappe eine presseerklärung von den 7 verteidigern, die wir die frauen in lübeck vertreten, verteidigen. und ich möchte vielleicht ein paar ausführungen machen zu dem was am 28./29. november initiiert durch die bundesanwaltschaft durchgeführt durch das lka kiel, gelaufen ist, ein paar details nochmal zu geben und insbesondere doch einzugehen auf ~~unser~~ e einschätzung als verteidiger zu dem was in der letzten woche sehr gezielt in der presse, als auch im fernsehen, als auch im radio veröffentlicht worden ist. die durchsuchungsaktion am 28. 11., die ca. 3 1/2 stunden andauerte wurde durch die bundesanwaltschaft in karlsruhe angeordnet, es gab keinen richterlichen beschluß zu dieser durchsuchungsmaßnahme. begründet wurde dieses mit dem auch in anderen ähnlichen verfahren bekannten begriff aus der strafprozeßordnung, 'es sei gefahr im verzuge' gewesen, dies bedeutet also, daß man meinte nicht die zeit zu haben, vorher sich diese durchsuchungsaktion richterlich bestätigen zu lassen, so wie es nach dem aktuellen gesetz nach der strafprozeßordnung die regel ist. es ist mal wieder ersichtlich, daß diese regel, daß dieser grundsatz in den meisten fällen umgekehrt wird, daß ersteinmal von seiten der strafverfolgungsbehörde maßnahmen ergriffen werden, begründet mit gefahr im verzuge, die eigentlich nach dem grundsatz des gesetzes einem richter obliegen. es gibt, soweit ich unterrichtet bin, auch einen bericht in der pressemappe der gefangenen über die einzelheiten dieser aktion. ich möchte mich insoweit, ^{zu} dem was dort sich abgespielt hat relativ kurz fassen und doch mehr einzugehen auf die einschätzung...gibt es nicht, hör ich gerade...vielleicht sollte ich dann doch ein bißchen ausführen. es ist so gewesen, daß mündlich erklärt wurde von seiten des oberstaatsanwalts morf, der im auftrage der bundesanwaltschaft die durchsuchungsaktion leitete und zwar gab es mündlich verschiedene versionen gegenüber den frauen, welche gründe diese durchsuchungen haben sollten. einmal hieß es, es ginge um die unterstützung einer terroristischen vereinigung, dann hieß es, es ginge darum, daß die gefangenen mitglieder

einer terroristischen vereinigung sein könnten oder seien, dann hieß es weiter wo und wer sollte nun eigentlich teil oder mitglied der sogenannten terroristischen vereinigung sein, hieß es naja, es käme eigentlich nicht darauf an, ob nun drin ausschließlich, d. h. die gruppe von gefangenen, die zusammengefaßt ist zu fünf in lübeck begriffen als terroristische vereinigung oder möglicherweise als teil einer größeren terroristischen vereinigung, der eine teil drin, der andere teil draußen. die dinge sind alle sehr, sehr vage erklärt worden und bis zum nächsten abend oder bis zum nächsten morgen 29. 11. tappten auch die gefangenen dadurch im dunkeln. was gesagt wurde von seiten der leitenden beamten war dieses, es ging um "unterlagen im zusammenhang mit sprengstoff". dann scheint es mir wichtig zu sein, daß die durchsuchung bis 19.00 uhr nach der these ablief, die erklärt worden ist von den leitenden beamten. "durchsuchen nach ausgangspunkt". ich weiß nicht, was es zu bedeuten hat, ich muß einschätzen, d. h. für mich durchsuchen nach ausgangspunkt heißt wohl, daß man ~~meint~~, irgendeinen ausgangspunkt gehabt zu haben, der möglicherweise im zusammenhang steht mit der behauptung, es seien irgendwelche papiere, die auf irgendwelche gewalttaten hinweisen könnten, gefunden worden. bis 19.00 uhr wurde also durchsucht, sehr konkret nach irgendwelchen einzelheiten. ab 19.00 uhr hieß es dann plötzlich, nach einem telefonat mit der bundesanwaltschaft in karlsruhe, daß alles mitgenommen werden sollte. und zwar bedeutete dies., daß von den 50 leitern, die die 5 gefangenen in ihren zellen hatten, 47 leitern mitgenommen worden sind. und zwar sämtliches verteidigungsmaterial, sämtliches vertrauliches verteidigungsmaterial, ohne jegliche ausnahme, sämtliche persönlichen korrespondenzen, sämtliche informationen, die die gefangenen während ihrer langjährigen haftzeit bisher gesammelt haben, darunter seiten-, zig-seitenlange zeitungsausschnitte, die ~~von~~ ^{aus} ausgeschnitten, auf papier geklebt worden sind. d. h. sämtliches material, das ihnen zur verfügung stand, mit dem sie gearbeitet hatten ist ihnen weggenommen worden. ich meine und ich glaube es ist nicht zu weit gegriffen, den begriff in diesem zusammenhang zu benutzen, nämlich 'ausforschung'. wir betrachten das so, daß es eine durchsuchung, eine beschlagnahme durchzuführen, daß ein bestimmter, wenn auch nur einfacher verdacht bestehen, in hinkblick auf eine mögliche straftat, dieses meinen wir, ist hier nicht durchgeführt worden, wenn ich von 50 leitern

ordnern 47 mitnehme und zwar nach dem prinzip 'alles abräumen'. ich meine, dies ist nicht das prinzip einer strafprozessualen auswertung, dies ist das prinzip der ausforschung, die eigentlich der strafprozeßordnung fremd sein sollte, welche gründe tatsächlich, zumindest von seiten der bundesanwaltschaft vorgebracht wurden um diese aktion zu rechtfertigen, haben wir dann überwiegend aus den zeitungsen erfahren. d. h. unsere anträge auf akteneinsicht sind bislang nicht beschieden worden, es ist sogar so, daß wir bereits, ich jetzt mittlerweile vor 10 tagen, einen antrag gestellt hab, die akten einzusehen, um festzustellen, was man meint gefunden zu haben und worauf dieses hindeuten könnte, daß die bundesanwaltschaft darauf noch nicht einmal eine antwort gegeben hat, sondern sich bislang unmittelbar an die gefangenen gewandt hatte und nicht an deren verteidiger. in der veröffentlichung, die, so muß ich es betrachten, von karlsruhe, von der pressestelle aus, an die medien, an die nachrichtenagenturen gegeben wurden, heißt es eigentlich im wesentlichen, daß pläne zum bau eines flächenschußapparates gefunden worden sein sollen und zwar ähnlich diesem gerät, das seinerzeit, ich glaube es war im august 77, gefunden wurde und wo gesagt wurde, es sei ein versuchter anschlag auf karlsruhe, auf die bundesanwaltschaft, dazu kann ich und zwar für den verteidiger von frau kuby, der heute leider nicht hier ist, sagen, daß sich in der amtlichen ermittlungsakte und zwar in der ermittlungsakte, die von der bundesanwaltschaft geführt wurde, sich eine beschreibung, eine funktionsbeschreibung dieser sogenannten 'stalinorgel' befindet, und zwar muß man dazu wissen, daß gegen christine kuby in zusammenhang von zwei komplexen ermittelt wurde, der eine komplex hieß hamburg, das war die geschichte an der apotheke, der zweite komplex war, ermittlungsverfahren wegen verdachts gegen 129a, wegen mitgliedschaft in einer terroristischen vereinigung, und im rahmen dieses komplexes wurde christine kuby auch dieser versuchte anschlag auf die bundesanwaltschaft zugeordnet, und in diesem komplex, befindet sich eine beschreibung dieses gerätes, das dort seinerzeit gefunden wurde, das heißt also zusammengefasst und so müssen wir das werten, solange wir keine weiteren informationen von der bundesanwaltschaft haben, daß die bundesanwaltschaft ihre eigenen ermittlungsakten beschlagnahmet, die unterlagen bzw. die kenntnisse aus diesen ermittlungsakten dann beliebig

später, gefangenen aus welchem gründen, versuche ich später einzuschätzen, den gefangenen als planungsunterlagen zum bau von flächenschußapparaten zuschreiben will, desweiteren ist veröffentlicht worden, die in der tendenz zumindest, die these der bundesanwaltschaft und zwar die altbekannte these der bundesanwaltschaft, mit der auch seinerzeit verfahren gegen rechtsanwalt groenewold und rechtsanwalt croissant geführt wurden, es wurden vermittelt über verteidiger und anwälte, ja wie soll ich sagen, der kampf von drinnen nach draußen geführt bzw. von drinnen, das heißt, aus den anstalten von den gefangenen wurden anweisungen nach draußen gegeben werden, es heißt dazu, das scheint mir auch wichtig zu sein, in einem antrag der bundesanwaltschaft an den ermittlungsrichter am bundesgerichtshof kuhn, in dem die beschlagnahmung jetzt richterlich genehmigt werden soll, daß die gefangenen und zwar kann ich dies zitieren, wenn ichs finde, "auf zahlreichen sichergestellten schriftstücken ist erkennbar, daß die beschuldigten die möglichkeiten haben, (und zwar die fünf die in lübeck einsitzen und gegen die das ermittlungsverfahren geführt wird), mit in anderen haftanstalten einsitzenden häftlingen aus dem terroristischen bereich unüberwacht zu kommunizieren, ^{wie} folgen der ausschnitt der beschuldigten kuby vom 19. september 79 beweist:

'wir denken, der hauptzweck der verlegung war, dich von der einzigen wirklichen connection - weil unkontrolliert - die du zu einem von uns hattest, den hofgang mit gert abzuschneiden...'

bei "gert" handelt es sich wahrscheinlich um den terroristischen gewalttäter gert schneider." - dazu muß man wissen, daß dieser brief der von frau kuby ^{gerichtet} an christof wackernagel, daß dieser brief offen durch die zensur gelaufen ist, daß er nicht zensiert wurde und daß dieser brief also unzensiert von einem gefangenen an einen anderen gefangenen in einer anderen anstalt gegangen ist, daß dieser jetzt - nein, unzensiert heißt, daß er durch die richterliche kontrolle gegangen ist, daß er durch die kontrolle der haftanstalten gegangen ist, daß es kein, wie man üblicherweise sagt, hassiber ist - das ist doch das was dahintersteht, daß es ein brief ist, der den offiziellen weg gegangen ist und daß dieser brief jetzt wieder benutzt wird, um hier davon zu sprechen, es würde ein informationssystem neu aufgebaut werden zwischen den gefangenen, nicht nur zwischen den

gefangenen in den anstalten, sondern was dahinter steht immer und was immer der versteckte vorwurf gewesen ist auch bei rechtsanwalt groenewold im verfahren, was die bundesanwaltschaft dann in dem strafverfahren dann in keiner weise aufrechterhalten konnte, gar nicht mehr erwähnt worden ist, das aber natürlich als psychologische vorbereitung sehr wichtig war, erklärt wurde, nämlich, daß aktionen von innen gesteuert werden, die außen laufen und in diesem system anwälte irgendwelche funktionen tragen. und ich meine, das man sich sehr deutlich gegen diese vorwürfe zur wehr setzen muß und sehr deutlich machen muß, anhand dieser tatsachen und sich fragen muß, was ist die intention der bundesanwaltschaft dieses so durchzuführen. wir meinen weiter, daß man das eingeleitete ermittlungsverfahren nach 129 a unter mehreren gesichtspunkten wird beurteilen müssen. es ist so, daß mehrere oberlandesgerichte in der bundesrepublik, die trennscheibe für rechtswidrig erklärt haben, für solche gefangene, die nicht wegen verdachts oder rechtskräftiger verurteilungen als mitglied terroristischer vereinigungen^{überwiegend laien} für rechtswidrig erklärt haben, dies gilt auch für eine frau in lübeck. d. h. wir haben anträge gestellt, mit dem ziel, daß die trennscheibe für solche gefangene nicht gebraucht wird. die einleitung des ermittlungsverfahrens nach 129a hat jetzt natürlich die rechtliche absicherung zur folge, d. h. jetzt ist ein verfahren eingeleitet, wir wissen nicht was aus dem verfahren wird, wir wissen auch nicht wann wir konkret durch wissen nach tatsachen, d. h. nach einsichtnahme in der akte, dinge widerlegen können, die behauptet werden, ersteinmal, weil es bekannt ist, daß in diesen verfahren die akteneinsicht monatelang verwehrt wird, mit dem argument, es würde das ermittlungsverfahren oder der ermittlungszweck würde gefährdet werden. d. h. solange wir nicht in der lage sind aufgrund von konkreter kenntnis aus der ermittlungsakte konkret stellung zu nehmen, heißt es, daß allein die einleitung dieses verfahrens zur folge hat, jetzt die trennscheibe bei allen gefangenen in lübeck abzusichern. der weitere punkt scheint uns zu sein und das ist sehr wichtig. die erste idee, die wir hatten als verteidiger, als wir von dieser aktion erfuhren und von der einleitung des ermittlungsverfahrens, kam uns spontan die idee, die intention der bundesanwaltschaft wird sein, diese gefangenen länger in haft zu lassen

denn drei gefangene stehn zur entlassung an, ende 1981 bzw. 1982. diese these, die wir ersteinmal für uns als verteidiger, mit den möglichen repressionen, die wir auch zu erwarten haben, in solchen gelegenheiten uns eigentlich fast sehr gewagt vorlassen, hat sich tatsächlich verifiziert, durch tatsachen, die die bundesanwaltschaft selbst in anträgen gesetzt hat. man muß vielleicht dazu wissen, daß es ja eine diskussion gab, geleitet von generalbundesanwalt herrn rebmann darüber, ob man über eine gesetzesänderung zu einer früheren sicherungsverwahrung kommen könnte, als dies nach der jetzigen gesetzlichen lage möglich ist. die letzte information, die ich habe ist die, daß von der bundesanwaltschaft in dieser diskussion die position vertreten wird, nein wir werden keine neuen sondergesetze schaffen, mehr will ich dazu erstmal nicht sagen. die einleitung ^{dieses} ermittlungsverfahrens mit einer möglichen verurteilung, hätte zur folge, daß man der sicherungsverwahrung ein schritt näher ist, hat auch zur folge, daß eine weitere inhaftierung die folge sein kann bei einer verurteilung. in dem antrag, den ich vorhin erwähnt hatte, der bundesanwaltschaft an den ermittlungsrichter beim bundesgerichtshof, die beschlagnahme richterlich zu bestätigen, heißt es dort wörtlich: "insgesamt ergibt sich aus den sichergestellten unterlagen der verdacht, daß die beschuldigten auf dem gebiet der waffen- und sprengstofftechnik, sowie auf dem gebiet der ausweisfälschung sich weiterbilden. auf diesen gebieten findet offensichtlich ein umfassendes schulungsprogramm statt die beschuldigten erledigten diese aufgaben gemeinschaftlich in organisierter form. sie sehen ihre tätigkeit als fortsetzung des bewaffneten kampfes der raf, in der sprache des gesetzes bedeutet das, die beschuldigten verfolgen mit ihrer tätigkeit die ziele der unter der bezeichnung raf bekannt gewordenen terroristischen vereinigung aus den haftanstalten fort." - jetzt kommt der entscheidende satz, meines erachtens, die offenlegung der position der bundesanwaltschaft, die dahintersteht. - "die beschuldigten sollen, sobald und reiche werden in absehbarer zeit aus der strafbhaft entlassen." - man muß sehen, daß mit dem vagen begriff "schulungsprogramm", was bedeutet eigentlich schulungsprogramm, das können gespräche sein, es können auseinandersetzungen sein, es braucht gar nichts zu sein, daß da ganz deutlich gemacht wird, daß man versucht einen hebel anzusetzen, nämlich das zu erreichen, was hier drinsteht, daß sie nicht entlassen

werden, in absehbarer zeit, sondern weiter in haft gehalten werden. wir haben also selbst nicht erwartet, müssen wir sagen, als uns die idee kam, das muß eine der intentionen sein dieser aktion, daß die bundesanwaltschaft, dies so offen und ich be-greif das als so offen, ⁱⁿ diesem antrag wird schriftlich niederlegen. uns scheint auch dieses ein zentraler angriff zu sein, gegen die gefangenen. gegen die wir uns und zwar auch mit hilfe der öffentlichkeit selbstverständlich, weil die rechtlichen mittel auszuschöpfen, nicht immer ausreichen, sich da-gegen zu wehren. vielleicht sollte man nochmal in letzten 2, 3 sätzen drauf eingehen, was der tony gifford erklärt hatte, als mitglied der internationalen kommission, das wir auch den zusammenhang gesehen haben zwischen den ablehnungen des toni gifford (anm. besuchsablehnungen bei inga und anne) bei den gefangenen, wie von ihm berichtet und dieser aktion, d. h. die aktion hat natürlich notwendigerweise, wenn ich mir die ganzen artikel in den zeitungsen ansehe, mit welcher tendenz, mit welcher intention sie gebracht worden sind, in zusammenhang mit mannheim, mit der leer aufgefundenen wohnung, denn ich sehe noch vor augen, der tagesschaubericht, das bild oben rechts lübeck, fettgedruckt, unten links mannheim, fettgedruckt, da die verbindung zwischen drinnen und draußen ganz gezielt deutlich gemacht wurde, obwohl die leere wohnung in mannheim 3 oder 4 wochen vorher gefunden worden sein soll, nachdem was ich er-innere jetzt, aber zumindest zeitweise davor und der bericht über lübeck, der auch bereits über eine woche alt war. d. h. die gezielte zusammenknüpfung dieser beiden sachen um von dort die politik der bundesanwaltschaft voranzutreiben. ich meine, daß in diesem zusammenhang, das natürlich eine kriminalisierung bedeutet, eine kriminalisierung derjenigen bedeutet, die in kontakt stehn, mit den gefangenen in lübeck und das zugleich natürlich bedeutet, das solche ansätze von öffentlichkeit ge-schaffen werden durch die internationale kommission im keim er-stickt werden soll, was heißt, das präventiv verhindert werden soll, diese aktion von öffentlichkeit, um öffentlichkeit zu schaffen für die veränderung der haftbedingungen zumindest diskriminiert, wenn nicht in der tendenz und das bleibt abzu-warten, kriminalisiert werden kann, wo der weg natürlich sehr nahe ist, wenn man sagt, im knast in dem gefängnis gibt es eine gruppe von gefangenen, die werden qualifiziert als terroristische vereinigung, jetzt gibt es menschen, die haben

kontakt zu denen, frage, stell ich mal in den raum, ohne das zu beantworten, sind diese die in kontakt zu ihnen stehn, mit ihnen sprechen, mit ihnen diskutieren, sind dieses unterstützer terroristischer vereinigungen. ich meine, man muß die dinge sehr sorgfältig so im auge haben, mehr wollte ich er-mal so nicht dazu sagen."

peggy parnass:

"ich hab in der novembernummer 'konkret' über den 2. juni pro-zeß berichtet in berlin und hatte da auch eine passage drin, über das damoklesschwert der sicherungsverwahrung und diese ga-passage ist mit rausgestrichen worden. der greuliza berief sich auf unseren presseanwalt und sagte, der hätte es nicht durchge-hen lassen, die dinge seien nicht so, ich hatte es aber in berlin dem pankas (anwalt von andreas vogel, anm.) also 2 oder 3 der anwälte gezeigt, die es billigten. ich hab inzwischen er-fahren, daß unser presseanwalt, der ein linker anwalt ist, das so wohl nicht gesagt hatte, daß er aber unsicher war, er sagte, er hatte keine zeit es zu prüfen, er wußte es nicht ob es rich-tig ist oder nicht und das macht mir klar, das sogar unter lin-ken strafverteidigern etwas nicht bekannt ist, was erst recht nicht erstmal weit entfernt stehenden journalisten bekannt sein kann, mir ist es ja auch nur bekannt, weil ich unentwegt in ber-lin in dem prozeß gehockt hab und mit den anwälten zusamen war. ich versteh aber nicht, daß die kommunikation unter den strafverteidigern so schlecht ist, daß etwas was die die einen oder in mehreren städten für ihre mandanten lebensbedrohlich empfinden, nicht bis nach hamburg reicht z. b., wahrscheinlich in irgendwelche provinzielleren nester erst recht nicht."

gisela gebauer, verteidigerin von inga hochstein:

"sag nochmal was die frage dabei ist, ist mir nicht klar ge-worden."

P. parnass:

"ich hab mich sehr aufgeregt, daß es weggestrichen wurde, weil es mir wichtig war es reinzubringen, war eine der wichtigsten passagen für mich, vorrausgesetzt, es stimmt, daß die sicherung verwahrung sobedrohlich nahe ist, ich hatte auch dazu geschrie-ben, daß, wenn es so weiter geht, irgendwann im endeffekt, jede bürgerinitiativendadurch im keim erstickt werden kann, daß leu

te sich mit der sicherungsverwahrung be-
droht sehen können, die mehr als drei jahre k-ast haben, was ja
nicht so abwegig ist, wenn man weiß, daß akw gener ja schon
..." (hand-ende)
...ich weiß noch, daß ich gebeten hab, daraufhin, äh, als ich
sah, daß es rausradiert war, ich hab's ja erst gesehen, als das
heft draußen war, daß es als nachsatz in dem..., ja genau der
ganze absatz, der sich auf sicherungsverwahrung bezog, da hatte
ich geschrieben, daß jetzt als damoklesschwert über den politi-
schen gefangenen, das hängt, was bis jetzt für jeden gefangenen
immer die totale bedrohung war, wovor jeder sich halbtot zittert,
nämlich die sicherungsverwahrung, das sie verhängt werden kann,
jetzt auch für ersttäter, wenn sie mehr als drei jahre gekriegt
haben, man damit leute...stimmt nicht? so ist es mir aber ge-
sagt worden, daß das die änderung ist, die stattgefunden hat.
daß man keine neuen gesetze brauchte dafür, daß also dieses
neue gesetz gar nicht gemacht werden musste, weil die bestehen-
den gesetze schon ausreichen. und daß im endeffekt, jeder der
opponiert, irgendwann betroffen sein kann, daß also keine morde
nachgewiesen werden müssen, damits angewandt wird, sondern im
gegenteil, grade wenn einem nichts nachgewiesen werden kann, ist
es besonders praktisch. ich hatte es kürzer gefasst, aber das
war eben in dem absatz drin."

(Dieter Maysam)

"also, ich wollte mal kurz eingehen, was peggy grade gesagt
hat. also ich verteidige brigitte asdonk. grade diese aktion
in lübeck, erklärt sich unseres erachtens da-
raus, daß diese pläne der sicherungsverwahrung noch nicht gesetz
geworden sind, es gab in der tat pläne von rebmann die sicheru-
ungsverwahrung bereits nach einer einmaligen verurteilung durch-
zusetzen. aber die widersprüche sind z. b. auf dem deutschen
richtertag auch hochgespült worden, wo schärfeere sonderge-
setze mittlerweile abgelehnt worden sind, in der auffassung, in
der auffassung, daß die bestehenden gesetze ausreichen und es
sollen nicht noch mehr rechtsstaatliche vorhänge zur seite ge-
zogen werden. deswegen geht die bundesanwaltschaft offensicht-
lich jetzt den weg, mit einer herben zweitverurteilung, genau
den gleichen effekt zu erzielen, nämlich die frauen für unab-
sehbare zeit hinter gittern zu halten. und dafür sind ja eben
begründungen noch so vager art recht. und ich finde ne forder-
ung von uns muß sein, daß diese trakts abgeschafft werden, ein-
fach deswegen, weil in dieser isolation überhaupt keine öffent-
liche kontrolle möglich ist, was sich darinnen abspielt. d. h.
die staatsanwaltschaft hat ein freies operationsfeld, für die
aktionen, die sie aus irgendwelchen politischen opportunitäts-
gründen plant. d. h. es kann jedes mal, wenn es erforderlich
zu sein scheint eine neue terroristische vereinigung

- 18 -

aus dem hut gesäubert werden, weil sie ja immer noch zusammen
sitzen und dabei werden die da grade zusammen gehalten. also,
das ist ne freie verfügbarkeit von terroristischer vereinigung
und deswegen muß meines erachtens die abschaffung dieser trakts
unbedingt gefordert werden."

christian geißler:

"sind keine fragen mehr? damit ist dann die pressekonferenz ge-
schlossen. wir hoffen, daß sie informationen jetzt haben, mit
denen sie weiterarbeiten können. was ihnen jetzt noch einge-
fallen ist, was nachgeforscht werden muß, forschen sie da nach,
und versuchen sie ihre nachforschungen auch wirklich zu ver-
öffentlichen, zum schutz eben der politischen gefangenen."

vorverurteilung!